

Ressort: Lokales

NSU-Ombudsfrau John kritisiert Behörden in Nordrhein-Westfalen

Berlin, 03.11.2016, 16:54 Uhr

GDN - Die Ombudsfrau der Bundesregierung für die Opfer des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), Barbara John, hat anlässlich des 5. Jahrestages des Auffliegens der Terrorgruppe die Behörden in Nordrhein-Westfalen kritisiert. "Viele Familien möchten ihre alte Staatsbürgerschaft behalten, nachdem sie die deutsche angenommen haben", sagte sie dem "Kölner Stadt-Anzeiger" (Freitagsausgabe).

"Das wird in Bayern ohne weiteres genehmigt; da herrscht Großmut. In anderen Ländern wie Nordrhein-Westfalen ist es bisher aber immer abgelehnt worden. Das ist mir vollkommen unverständlich – gerade weil es so wichtig ist, dass die Hinterbliebenen die Kontakte zu ihren Verwandten aufrechterhalten." John fügte hinzu: "Die Opfer sind ja in der Türkei beziehungsweise in Griechenland beerdigt, wo Verwandte die Gräber betreuen. Da ist es gut, wenn die Hinterbliebenen sagen können: Wir gehören auch noch hierher." Die nordrhein-westfälischen Behörden trügen dazu nichts bei.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-80377/nsu-ombudsfrau-john-kritisiert-behoerden-in-nordrhein-westfalen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSiV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619